

22. Kreislaufwirtschaft: Auslegeordnung zu den nötigen gesetzlichen Änderungen

Postulat Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) vom 26. September 2022

KR-Nr. 347/2022, Diskussion

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Christian Lucek (*Altkantonsrat*) hat an der Sitzung vom 28. November 2022 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden. Christian Lucek ist aber zwischenzeitlich aus dem Rat ausgetreten. Wird der Ablehnungsantrag aufrechterhalten? Ueli Bamert hält den Antrag aufrecht.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Mit unserem Postulat wollen wir vom Regierungsrat aufgezeigt bekommen, bei welchen staatlichen Aufgaben und Ausgaben, inklusive Subventionen, die grössten Potenziale für den schonenden Umgang mit Ressourcen und die Schliessung von Stoffkreisläufen bestehen. Es soll vor allem systematisch analysiert werden, welche Gesetze, Verordnungen und Reglemente einer Anpassung bedürfen, um diese Potenziale in Zukunft auszuschöpfen. Dabei soll auch dargelegt werden, in welchen Bereichen Zielkonflikte mit anderen politischen Zielsetzungen auftreten und wie diese Zielkonflikte minimiert werden können, um die Kohärenz staatlichen Handelns zu optimieren.

Eine solche Analyse wurde auch auf Bundesebene gemacht. Die Bundesverwaltung hat im Rahmen der Erfüllung des Postulats 18.3509 Noser (*Altständerrat Ruedi Noser*), «Die Hürden gegen Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft abbauen» vom 13. Juni 2018, ökologisch und wirtschaftlich relevante Potenziale für Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft systematisch analysiert und dabei auch Regulierungen identifiziert, die nachhaltige Praktiken verhindern. Der Bericht des Bundesrates zu diesem Postulat zeigt, dass es häufig nicht einzelne Vorschriften sind, welche nachhaltige Lösungen verhindern. Es ist vielmehr das Zusammenspiel verschiedener Gesetze und Normen sowie Praktiken von Privaten und Unternehmen. Auf Basis dieser Analyse hat der Bundesrat nun mehrere Massnahmen zur besseren Erschliessung der Potenziale eingeleitet, vor allem im Bereich der Baumaterialien sowie der Futter- und Nahrungsmittel.

Wir danken Ihnen, wenn Sie unser Postulat «Kreislaufwirtschaft: Auslegeordnung zu den gesetzlichen Anpassungen» unterstützen. Diese Analyse kann uns wichtige Hinweise für weitere Schritte in Richtung einer vermehrten Kreislaufwirtschaft liefern. Die Zeit, sie drängt. Weltweit befinden sich Ökosysteme teilweise bereits über den Grenzen ihrer Belastung. Die Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen verursachen etwa die Hälfte der globalen Treibhausgasemission und sind für mehr als 90 Prozent der Biodiversitätsverluste verantwortlich. Und wir in der Schweiz stehen in einer besonderen Pflicht, denn mit unserem im

internationalen und europäischen Vergleich hohen Ressourcenverbrauch pro Person tragen eben wir gerade auch zu diesen Problemen bei. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Grundsätzlich ja ist die Zustimmung zu dieser Kreislaufwirtschaft enorm hoch und deshalb ist es durchaus angebracht, hier auch einmal eine Auslegeordnung zu machen. Nur: Das Ganze riecht halt einfach wieder ein bisschen nach Arbeitsbeschaffung. Seien wir doch einmal ehrlich: Es ist ein einigermaßen schwammiges Thema, es gibt x Vorstösse von Ihrer Seite, diese Kreislaufwirtschaft jetzt voranzutreiben. Sie wollen jetzt auf dieser Erfolgswelle reiten, da Sie hier ein Thema gefunden haben, das offenbar in der Bevölkerung sehr grossen Niederschlag gefunden hat. Aber offenbar wissen Sie gar nicht so genau, was jetzt zu machen ist, und fordern jetzt einfach mal den Regierungsrat auf, hier aufzuzeigen, was man alles machen kann, wo man was machen muss, anstatt dass Sie selber konkrete Anträge stellen. Sie wissen nämlich gar nicht genau, wie das am Ende umgesetzt werden soll, weil es eben ein sehr unspezifisches Thema ist, weil es eben in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen Punkte gibt, wo man diese Kreislaufwirtschaft umsetzen könnte. Das scheint mir wirklich eine Arbeitsbeschaffung für die Verwaltung zu sein, ein riesengrosser Aufwand, den Sie hier betreiben, anstatt konkrete Beispiele zu bringen. Wir werden dann in der Budgetdebatte nächste Woche auch so ein Thema haben, da gibt es auch einen Antrag: Ja, lieber Regierungsrat, zeig uns doch einfach mal auf, wo wir etwas machen können, etwas machen müssen. Mir erscheint das ein bisschen nach Arbeitsverweigerung auf der grünen Seite. Zeigen Sie uns doch, wo genau in welchen Bereichen Sie wirklich etwas machen wollen in dieser Kreislaufwirtschaft. Und wenn es sinnvoll ist, dann werden wir das auch unterstützen. Aber so einen Schrotflintenschuss einfach mal ins Blaue, den unterstützen wir nicht. Deshalb lehnen wir dieses Postulat ab. Vielen Dank.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Werter Herr Bamert, bis zum «nur» sind wir uns eigentlich einig, aber nach dem «nur» sind wir uns dann doch sehr stark uneinig. Warum? Wie bei allen neuen Verfassungsartikeln, auch bei neuen wichtigen Gesetzesänderungen, Herr Bamert, müssen alle involvierten Stellen und somit auch der Regierungsrat eine Standortbestimmung und eine Auslegeordnung machen, wie sich die Situation nun präsentiert. Und es ist beileibe keine Schrotflintenaktion, sondern eine sehr spezifische Aktion, wie man hier vorgehen muss. Wir trauen dem Regierungsrat zu, dass er diesen Vorgang automatisch vollzieht. So sind wir dann nicht, dass wir hier «ungläubiger Thomas» spielen müssten. Es würde aber dem Regierungsrat gut anstehen, wenn er diese Standortbestimmung mit dem Kantonsrat und entsprechend mit der Bevölkerung auch teilen würde. Wir sind somit gerne bereit, das Postulat der Grünen zu unterstützen, und stimmen dem Postulat zu.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Eine Vorab-Auslegeordnung, das tönt eigentlich schon mal gut, möchte man meinen, wir sehen es allerdings etwas

differenzierter. Wir sind der Meinung: Was hier gefordert wird, ist auf der Postulatsstufe nicht notwendig, und es handelt sich wirklich um eine Art Arbeitsbeschaffung für die Verwaltung. Gewisse Fragen, die angezogen werden, hätte man sehr wohl auch mit einer niederschweligen Anfrage beantworten können. Wir haben natürlich auch inhaltliche Vorbehalte. Es wird zwar richtigerweise der Verweis auf die nationale Politik gemacht. Es ist ja insbesondere die parlamentarische Initiative «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» angesprochen, aber statt jetzt mal abzuwarten, wie dann die Bereinigung in den eidgenössischen Räten ausfällt und wie die nationalen Rahmenbedingungen ausgestaltet werden, soll der Kanton Zürich hier nun wieder vortreten. Für uns macht es wirklich keinen Sinn, wenn man bedenkt, dass man national auf der Zielgeraden ist.

Wir sehen in der Debatte des Nationalrates, in der Behandlung dieser Kommissions-PI auf nationaler Ebene, eben auch, dass bei vielen Anpassungen im Umweltschutzgesetz trotzdem auf Branchenlösungen gesetzt werden soll, was natürlich ganz in unserem Sinne ist und sich auch mit der bisherigen Strategie des Kantons Zürich in diesem Bereich recht gut deckt, der ja eine national führende Stellung hat, einerseits wegen der hier angesiedelten Unternehmungen im Bereich der Kreislaufwirtschaft, aber natürlich auch wegen der Arbeiten der Verwaltung. Wir sind der Meinung, dass der Kanton Zürich hier mal getrost abwarten kann, wie in Bern die Beratung ausfällt. Dann wissen wir, was die nationale Klammer ist. Wir wissen, ob es überhaupt eine Anpassung auf kantonaler Stufe braucht. Und im Übrigen finden wir auch den ganzen Forderungskatalog dieses Postulates nicht kohärent, einerseits eine Auslegeordnung über die Gesetzesänderungen, die eventuell – könnte sein – notwendig wären, andererseits aber auch einen Katalog über die grössten Potenziale. Also wenn man sich mit Kreislaufwirtschaft etwas beschäftigt, dann weiss man, wo die grössten Hebelwirkungen liegen. Einer solchen inhaltlichen Vermischung von verschiedenen Anliegen – fast ein Gemischtwarenladen – können wir wahrlich nicht zustimmen. Wir lehnen das Postulat ab.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Dieses Geschäft gehört zu einer Reihe von Vorstössen, die von den Grünen nach Annahme des Verfassungsartikels zur Kreislaufwirtschaft im Alleingang eingereicht wurden. Dieses Vorgehen ist etwas bedauerlich, denn der Verfassungsartikel wurde von allen Parteien mitgetragen und der Einbezug von anderen Parteien hätte hier zu breiter abgestützten und inhaltlich solideren Vorstössen geführt.

Aber nun zum Inhalt dieses Postulates: Dieses Postulat ist, wie wir gehört haben, eigentlich das Pendant zum berühmten Postulat Noser, das auf nationaler Ebene eingereicht wurde mit dem Titel «Die Hürden gegen Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft abbauen». Der umfassende Schlussbericht dazu zeigt, dass es potenzielle Hürden und Fehlanreize tatsächlich gibt, die angegangen werden können. Der Bericht zeigt aber auch, dass die Sache sehr komplex ist und es einen gesamtsystematischen Ansatz braucht, um einen schonenderen Umgang mit Ressourcen zu erreichen. So liegt etwa die grundsätzliche Hürde in der unzureichenden Kostenwahrheit, wodurch aktuell ökonomische Anreize für die Umsetzung

von nachhaltigen Lösungen und Technologien für Marktakteure weitgehend fehlen.

Wir Grünliberalen möchten deshalb anregen, den Auftrag dieses Postulates im Rahmen der Erarbeitung der kantonalen Kreislaufwirtschaftsstrategie anzugehen, um den Anwendungsbereich auf diese zu beschränken. Wir erwarten eigentlich, dass eine solche Analyse, unabhängig vom heutigen Beschluss, sowieso gemacht wird. Was auf jeden Fall zu verhindern ist, ist, dass die Arbeiten zu diesem Postulat die Erarbeitung der kantonalen Kreislaufwirtschaftsstrategie bremsen. Wir überweisen das Postulat.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Diese total sechs Vorstösse zum Thema Kreislaufwirtschaft sind offensichtlich von Herrn Regierungsrat Neukom (*Martin Neukom*) bestellt worden (*Heiterkeit*). Fast 89 Prozent sagten am 25. September 2022 Ja zur Kreislaufinitiative. Die Mitte hat es auch unterstützt. Weiss Herr Neukom wirklich nicht ohne die Unterstützung der Grünen, was er zu tun hat?

Um die Ratseffizienz zu steigern, gleich zu den nächsten drei Postulaten: Nur beim Postulat 349/2022 schaffte es Herr Neukom offensichtlich nicht, seine Regierungsratskollegen und -kolleginnen zu überzeugen. Die Begründung, ich zitiere aus der Antwort des Regierungsrates: «Die Anliegen des Postulats werden bereits durch die laufenden und vorgesehenen Arbeiten berücksichtigt.» Diese Aussage gilt nach unserer Meinung für alle anderen Vorstösse auch. Die Mitte hat die Kreislaufinitiative aktiv unterstützt. Wenn es Herrn Neukom hilft, die Kreislaufinitiative auch umzusetzen, sind wir gerne bereit, auch die nächsten drei Vorstösse zu unterstützen, wie gesagt mit Ausnahme des letzten, 349/2022, jetzt sind es nur noch zwei.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Ich denke, das werden Sie an einer späteren Sitzung nochmals sagen müssen, Frau Ackermann, ich bin nicht so optimistisch, dass wir jetzt noch drei Vorstösse beraten in zehn Minuten.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 96 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 347/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.